

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/59

26. März 1973

Das neue taktische Ziel der SPD

Die nächsten Wahlen in CDU-regierten Ländern gewinnen

Seite 1 / 42 Zeilen

Die "Drogenszene" hat sich gewandelt

Jetzt sind die jüngeren Jahrgänge gefährdet

Von Heinz Westphal MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 2 und 3 / 79 Zeilen

Reform der auswärtigen Kulturpolitik

Nicht ohne engen Kontakt zwischen Parlament und Außenamt

Von Karl-Hans Kern MdB

Stellv. Vorsitzender der Enquête-Kommission für Auswärtige Kulturpolitik

Seite 4 / 37 Zeilen

Die CDU sackt unter Niveau ab

Kampf gegen die Regierung auf Kosten der Menschen?

Von Karl Herold MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Seite 5 / 41 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Das neue taktische Ziel der SPD

Die nächsten Wahlen in CDU-regierten Ländern gewinnen

Die SPD hat ihr neues taktisches Ziel festgemacht: Die nächsten Landtagswahlen in den CDU-regierten Ländern müssen gewonnen werden. Das seit langem schwebende Problem ist hoch aktuell geworden, nachdem die Sozialdemokraten und ihr frei-demokratischer Koalitionspartner an den Beispielen des Steuerpakets und der Rentengesetzgebung erlebt haben, mit welcher Härte die Opposition die Chance der "einen Stimme" im Bundesrat ausnutzt. Diese Abstimmungen in der Länderkammer haben den Sozialdemokraten als Anschauungsunterricht gedient, und sie waren zugleich das Alarmsignal für das künftige Verhalten der CDU und der CSU im Bundesrat. Die beiden Unions-Parteien haben exemplarisch vorexerziert, wie es nach ihrem Willen weitergehen soll. Die Absicht der Opposition ist eindeutig erkennbar geworden: Sie will ungeachtet der schweren Niederlage vom 19. November 1972, die sie im Bundestag auf die Minderheitsbänke verwiesen hat, die praktische Arbeit im Parlament durch das Ausspielen der "einen Stimme" hemmen, verzögern und, wenn es geht, sogar lähmen, um das Spiel von 1972 wiederholen zu können.

Die SPD weiß jetzt, woran sie ist. Sie muß von nun an mit der Obstruktion der CDU und der CSU rechnen und sie ständig einkalkulieren. Die Sozialdemokraten werden, gemeinsam mit den Freidemokraten, diesen ihr aufgezwungenen politischen Kampf durchstehen und auch bestehen müssen, wenn der Erfolg des 19. November nicht von einem Gegner zerstört werden soll, der mit allen verfügbaren Mitteln, und eben zuvörderst mit der "einen Stimme" im Bundesrat, die ihm noch verbliebenen Machtpositionen mit Zähnen und Klauen verteidigt, um von da aus wieder in die Regierungsbänke einrücken zu können.

Die aktuelle taktische Antwort der SPD heißt also: Sie muß die nächsten Wahlen in den Unions-regierten Ländern gewinnen. Sie darf z.B. in Rheinland-Pfalz und im Saarland die ihr jetzt gebotene große Chance nicht vertun, eine der Macht-Verteilung in der Adenauer-Ära adäquate Situation unter sozialdemokratischem Vorzeichen zu installieren und über mehrere Legislaturperioden hinweg zu erhalten und zu verfestigen. An diese Chance muß die SPD in ihrer Gesamtheit schon in Hannover denken. Der Parteitag in der Niedersachsen-Landeshauptstadt wird die ersten Weichen in dieses Ziel und zu diesem Erfolg stellen. Das soll und darf kein Sozialdemokrat mehr außer Acht lassen.

(ee/26.3.1973/bgy/ee)

+ + +

Die "Drogenszene" hat sich gewandelt

Jetzt sind die jüngeren Jahrgänge gefährdet

Von Heinz Westphal MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister

für Jugend, Familie und Gesundheit

Das Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Bekämpfung des Drogen- und Rauschmittelmissbrauchs ist nicht Papier geblieben: Es wurde realisiert, und es hat sich bewährt. So wurde erreicht, daß die Zahl der Probierer und milden Dauerkonsumenten abgenommen hat und daß der "harte Kern" stagniert. Doch obwohl immer mehr Jugendliche Drogen ablehnen, bleibt der Drogenmissbrauch für uns weiterhin ein großes Problem. Zu seiner Lösung müssen wir uns auf spezifische gesellschaftspolitisch angelegte Maßnahmen konzentrieren.

Die "Drogenszene" hat sich entscheidend gewandelt:

- Der Drogenmissbrauch stellt sich immer mehr als ein Symptom tieferliegender Schwierigkeiten dar; er muß stärker als bisher als "psychisches Notsignal" verstanden werden.

- Wir müssen trotz des zahlenmäßigen Rückgangs der Probierer und milden Dauerkonsumenten und des Stagnierens des "harten Kerns" damit rechnen, daß die Zahl der echt Drogenabhängigen, das heißt der auf Dauer Arbeitsunfähigen, zunimmt.

- Die Gefährdeten sind jetzt jüngere Jahrgänge und kommen aus einfacheren Sozialschichten; diese Jugendlichen sind gegenüber Drogen kritikärmer. Während die erste Drogengeneration (meist Oberschüler und Studenten) die Drogen als Mittel der Bewußtseinsweiterung ansah und dabei enttäuscht wurde, suchen die Jugendlichen heute nach einem "Gefühlsrausch", der ihnen hilft, über Schwierigkeiten hinwegzukommen. Ihre Hemmungsschwelle ist herabgesetzt; sie greifen schneller zu "harten Drogen".

- Neben dem Drogenmissbrauch gewinnt der Alkoholmissbrauch an Bedeutung: Drogen und Alkohol sind austauschbar geworden.

- Die Palette der mißbräuchlich benutzten Drogen wird größer, die Mischung verschiedenartigster Stoffe immer schlimmer.

Was können wir in dieser Situation tun? Wir wissen, daß den Jugendlichen, die heute zum Dauerkonsum kommen, nur noch mit einer langdauernden spezifischen Behandlung zu helfen ist. Deshalb müssen sich jetzt Maßnahmen des Bundesministeriums für Jugend,

Familie und Gesundheit noch mehr auf besondere Behandlungskonzepte und Modelleinrichtungen zur Rehabilitation konzentrieren.

Durch die Beratungs- und Aufklärungsarbeit ist zwar der allgemeine Informationsstand über Drogen erheblich gewachsen und hat vor allem die älteren Jugendlichen vom Drogenkonsum zurückgehalten. Aber jetzt müssen wir uns mehr auf die Jüngeren konzentrieren: Unsere Aufklärung muß sich an die 12- bis 14-Jährigen wenden. Wir müssen allgemeine Maßnahmen zur Früherfassung Gefährdeter entwickeln. Zu denken wäre dabei analog zu den bisherigen schulärztlichen Untersuchungen etwa an den Ausbau des schulpsychologischen Dienstes.

Angesichts der Tatsache, daß Drogenmißbrauch immer mehr die Merkmale der versuchten Ersatzbefriedigung von jungen Menschen trägt, die unter Defizitsituationen leiden, die in ihrem sozialen Umfeld liegen - z.B. Erziehungsdefizite in der Familie, gefühlsterile Erziehung, Mangel an schulischem Erfolgserlebnis usw. - und die durch besondere Lebenssituationen verstärkt werden, kann eine Verbesserung nur über gesellschaftspolitisch angelegte psychohygienische Langzeitprogramme erreicht werden. Die Verbesserung der Erziehungsfähigkeiten der Eltern, eine differenzierte und qualifizierte Ergänzungs- oder Ersatzerziehung bei unvollständiger Familie und ein wesentlich ausgebauten Angebot von Einrichtungen und Maßnahmen der außerschulischen Jugend- und Bildungsarbeit sind Leitgedanken für die erforderlichen gesellschaftspolitischen Bemühungen.

Als Vorsorgemaßnahmen haben Verbote der Drogen und Einschränkungen ihrer Verfügbarkeit nur unterstützenden Charakter. Und dennoch werden wir stärker als bisher Alkohol und rezeptfreie Arzneimittel ins Visier nehmen müssen, um ihren Mißbrauch abzuwenden.

Bei der Verwirklichung aller Maßnahmen sind wir auf die Hilfe der Länder und der Gemeinden sowie der freien Träger angewiesen. Die Zusammenarbeit hat sich bisher bewährt. Jetzt werden vornehmlich die Gemeinden die volle Förderung der als Mittler zur Therapie und Rehabilitation weiterhin wichtigen örtlichen Beratungsstellen übernehmen müssen, die der Bund im Rahmen seines großen Modellprogramms zwei Jahre lang gefördert hat. Die Länder werden ihre Kraft auf die Schaffung regionaler Therapieeinrichtungen lenken müssen. Der Bund muß sich auf die modellartige Entwicklung von Therapie-Ketten konzentrieren.

Ziel unseres Tuns bleibt - und daran werden sich auch die Einzelmaßnahmen und die Aktionen des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit ausrichten -, solche Lebensbedingungen für den einzelnen Jugendlichen zu schaffen, daß bei ihnen der Wunsch, als Ausweg vor den Problemen zur Droge zu greifen, gar nicht mehr entsteht.

(-/26.3.1973/ks/va)

+ + +

Reform der auswärtigen Kulturpolitik

Nicht ohne engen Kontakt zwischen Parlament und Außenamt

Von Karl-Hans Kern MdB

Stellv. Vorsitzender der Enquête-
Kommission für Auswärtige Kulturpolitik

Als die Enquête-Kommission für auswärtige Kulturpolitik sich am 15. März 1973 neu konstituierte, hat sie sich als erstes Aufgabengebiet die Reform der Mittlerorganisationen vorgenommen. Ziel dieser Reform wird es sein, für eine bessere Koordination der auswärtigen Kulturpolitik zu sorgen. Dies kann nur geschehen, indem verschiedene Mittlerorganisationen zusammengelegt werden. Ein genaues Konzept dafür wird in den nächsten Wochen von der Enquête-Kommission erarbeitet.

Um künftige Entwicklungen nicht zu verbauen, hat die Kommission dem Haushaltsausschuß vorgeschlagen, die gegenwärtig unbesetzte Stelle des Generalsekretärs beim Goethe-Institut in München im Haushaltsplan mit einem Vermerk zu versehen, daß diese Stelle nur mit Zustimmung des Haushaltsausschusses besetzt werden darf. Dieser Vorschlag wurde notwendig, nachdem der Präsident des Goethe-Instituts an der Enquête-Kommission vorbei die Neubesetzung dieser Stelle in Aussicht genommen hat.

Da auch im Auswärtigen Amt gegenwärtig an Plänen zur Reform der Mittlerorganisationen gearbeitet wird, hofft die Kommission, daß es zwischen ihr und dem Auswärtigen Amt nicht zu einem Rivalitätsverhältnis kommt, sondern in allen Phasen der Reform ein enger Kontakt zwischen Auswärtigem Amt und Kommission hergestellt werden kann, zumal Bundesaußenminister Walter Scheel bereits in der letzten Legislaturperiode versichert hatte, daß Reformen der auswärtigen Kulturpolitik erst durch die Empfehlungen der Enquête-Kommission verwirklicht werden sollen.

Die Kommission ist daher dankbar, daß das Auswärtige Amt die Stelle des beamteten Staatssekretärs noch nicht besetzt hat, sondern die Neukonstituierung der Enquête-Kommission abwartete. Die Kommission hat in ihrem Zwischenbericht bereits vorgeschlagen, für die auswärtige Kulturpolitik einen eigens dafür zuständigen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes zu benennen. Seine Aufgabe soll vor allem die Koordination mit den beteiligten Bundesministerien, aber auch mit den vielen Organisationen sein, die auf dem Feld der auswärtigen Kulturpolitik tätig sind. (-/26.3.1973/ks/

Die CDU sackt unter Niveau ab

Kampf gegen die Regierung auf Kosten der Menschen ?

Von Karl Herold MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Die Opposition versucht es mit unterschiedlichsten Mitteln und scheut offensichtlich auch nicht vor diffamierenden Tiefschlägen zurück. Das "Deutsche Monatsblatt", offizielles Organ der CDU, wußte als "Splitter" in seiner März-Ausgabe von Klagen einer Frau über die Behandlung eines Hilfeersuchens im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen zu berichten:

Ein Beamter des Ministeriums habe auf ihre Bitte, man möge Bundesminister Egon Bahr einschalten, damit ihre beiden Brüder eine Erlaubnis zum Besuch der todkranken Mutter erhielten, geantwortet, bei den Bahr-Kohl-Gesprächen gehe es nicht um "Blah - Blah", sondern um ernsthafte Dinge. Quelle dieser Meldung: CDU-Bundestagsabgeordnete in Bonn, an die sich die hilfeschende Frau angeblich gewandt hatte.

Die Versuchung liegt nahe, die in dieser Meldung verborgene Böswilligkeit in gleicher Weise zu beantworten. Das hieße jedoch, sich auf ein der Sache unwürdiges Niveau zu begeben.

Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen kann allerdings die gegen einen seiner Beamten in der Oppositions-Öffentlichkeit gemachte Unterstellung nicht unbeantwortet lassen. Sachlich ist also festzustellen, daß kein Beamter eine Antwort gegeben hat, wie in der Meldung behauptet wird.

Im Gegenteil, die Mitarbeiter des Ministeriums versuchen in Gesprächen und Briefen die an sie gerichteten Fragen sachlich zu beantworten. Dabei müssen sie auch häufig darauf hinweisen, daß in den Bahr-Kohl-Gesprächen nur die grundsätzlichen Probleme behandelt werden können, wozu allerdings Informationen über Einzelfälle nützlich und notwendig sind.

Damit erhebt sich die Frage nach Sinn und Zweck einer Attacke, wie sie das "Deutsche Monatsblatt" führte. Dahinter kann nur der nicht sonderlich einfallsreiche Versuch stehen, mit in den Raum gestellten Behauptungen und Unterstellungen die Atmosphäre zu vergiften und das Bemühen der Bundesregierung zu diskreditieren, in Verhandlungen mit der DDR, aus der Spaltung Deutschlands herrührende menschliche Probleme zu lösen.

Neu ist diese Methode ohnehin nicht: Da wird aus undeutlichen Quellen erst einmal eine Behauptung aufgestellt; dann können die Angriffe gegen diesen Popanz geführt werden. Der ernsthafte Schaden, den in erster Linie die betroffenen Menschen spüren, kümmert solche Verantwortungslosigkeit nicht. Oder steht dahinter die gezielte Absicht, Opposition gegen die Regierung um jeden Preis - auch auf Kosten der Menschen - zu machen ? (-/26.3.1973/ks/dx)